Gewerkschafter/innen
gegen Atomenergie und Krieg

KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at

Nummer 1/ März 2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

5 Jahre Fukushima, 30 Jahre Tschernobyl, 37 Jahre Harrisburg

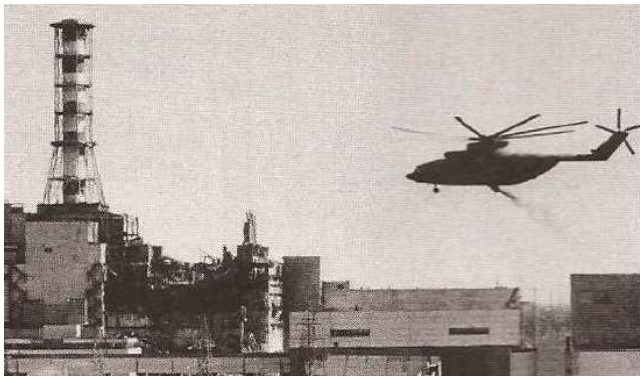
Schon davor gab es Atomkatastrophen in kanadischen, britischen und russischen AKWs. Allesamt wurden heruntergespielt, verharmlost oder verschwiegen. Dann kamen Harrisburg (USA, 1979 – teilweise Kernschmelze), Tschernobyl (UdSSR/Ukraine, 1986 – AKW-Explosion), Tokaimura (Japan, 1999 – Uranaustritt, Kettenreaktion) und Fukushima (Japan, 2011 – Kernschmelze in zumindest 3 von 6 Reaktoren).

Explosion im AKW Fukushima Daiichi

Ein GAU (größter anzunehmender Unfall) bis Super-Gau und Mega-Super-Gau, die allesamt nach den Vorhersagen der „Atomexperten" nicht passieren hätten dürfen.

Der Atomunfall im US-amerikanischen **Three Mile Island** (Harrisburg) im Jahr 1979, der ein „class 9 accident" war, verseuchte die direkte und weitere Umgebung mit einer radioaktiven Wolke. Wie viele Menschen davon betroffen waren, erkrankten usw. ist bis heute – obwohl sich ja die USA gerne selbst als demokratisches und transparentes Land loben – nicht wirklich bekannt.

Der Super-GAU in **Tschernobyl** (1986), die Explosion der AKW-Anlage, verstreute vor allem in Europa hochradioaktives Material, dieses wurde aber auch über die ganze Welt verfrachtet. Tschernobyl und die ganze Region sind auf Jahrzehnte, ja Jahrhunderte unbewohnbar.
Durch die Strahlung verseuchte Menschen wurden in ganz Russland verschickt, damit verschleierte man die gestiegene Krebsrate.



Österreich nach Weißrussland das am zweitstärksten von Tschernobyl-Atom-GAU betroffene Land. Laut einer neuesten Studie des britischen Radiologen Ian Fairlie muss Österreich mit 1.000 bis 2.000 Krebstoten, Westeuropa langfristig mit

insgesamt 40.000 Krebstoten als Folge der Tschernobyl-Katastrophe rechnen (*Wiener Zeitung, 8.3.2016*).

Beim schweren AKW-Unfall von **Tokaimura** (1999) kam es zu Uranaustritt und einer gefährlichen Kettenreaktion. 600 Menschen wurden verstrahlt, 320.000 Menschen mussten aus ihren Häusern evakuiert werden.

Der Mega-Super-GAU im japanischen **Fukushima** (2011) führte zur Kernschmelze in gleich mehreren Reaktoren am Standort, zur radioaktiven Verseuchung von großen Teilen Japans und der Meere, weil – bis heute radioaktives Wasser ins Meer gelangt. Wir haben zu Fukushima schon viel in unseren früheren Aussendungen berichtet (z.B. in Nr. 1/11; 1/14; 4/14; 1/15 – siehe: www.atomgegner.at/Aussendungen). Etwa, dass die Menschen nicht rechtzeitig evakuiert wurden, dass Obdachlose und dgl. ohne Schutz für Aufräumarbeiten in den AKWs in Fukushima eingesetzt wurden und keiner weiß, ob, wie und wo sie sterben. Weiters, dass Menschen nach nur wenigen Jahren wieder im Gebiet angesiedelt werden, nicht weil keine Strahlung mehr da ist, sondern weil der Atombetreiber Tepco und der japanische Staat sich so die Entschädigungszahlungen im Milliardenhöhe ersparen wollen – auf Kosten der Gesundheit und des Lebens der Menschen, vor allem der Kinder.

Greenpeace hat unlängst vor Ort verschiedenste und umfangreiche Messungen der radioaktiven Belastung durchgeführt, und durchgängig festgestellt, dass die von der IAEA und der japanischen Regierung angegebenen Höchstbelastungen um ein Vielfaches überschritten werden. Die IAEA-Messungen wurden zu einer bestimmten Zeit der Dekontamination und nur an bestimmten Plätzen durchgeführt, sodass danach wieder die Werte stiegen bzw. an anderen Orten die Werte weiterhin extrem hoch sind. Die niedrigen Werte der IAEA-Messungen sind aber für die Regierung der Persilschein für die Rückkehrgenehmigungen der Bevölkerung. Das ist schleichender Massenmord durch IAEA, Konzerne und Regierung.

Der frühere japanische Premierminister zur Zeit der Fukushima-Atomkatastrophe, Naoto Kan, kommt in seinem Buch ***„Als Premierminister während der Fukushima-Krise“*** unter anderem zu folgenden vernichtenden Ergebnissen:

►*Entgegen aller Beschwichtigungen von Seiten der Betreibergesellschaft Tepco kam es bereits am 11. März 2011 um 20.00 Uhr zur ersten Kernschmelze, und zwar. in Reaktor 1. Kernschmelze in Reaktor 3 und 4 folgten in den Tagen darauf.*
►*Japan hat die modernste AKW-Technologie, trotzdem passierte dieser Atomunfall – das erschüttert den Mythos der Atomsicherheit*
►*Es war nur Glück, dass der Unfall, der sowieso schon auf der IAEA-Unfallscala (INES) die höchste Stufe 7 erreichte, nicht noch größer ausfiel*
►*Es war nur Glück, dass der „worst case“, die Evakuierung der Regionen bis nach Tokio (250-km-Radius), d.h. 50 Millionen Menschen nicht Wirklichkeit wurde*
►*Naoto Kan: „Es kann nicht angenommen werden, dass sich so ein Glück auch in Zukunft wiederholen wird.“*
►*Eine schnelle und effektive Evakuierung von 50 Millionen Menschen wäre praktisch unmöglich, wenn überhaupt, würde eine Umsiedlung Jahrzehnte dauern.*
►*Der Fukushima-Betreiber Tepco reagierte auf den Unfall zuerst gar nicht, dann mit Beschwichtigung, dann zu spät und als er letztlich handelte, verschlimmerte es die Situation, weil Tepco sich mit der Bereitstellung von leistungsfähigen und funktionstüchtigen Löschfahrzeugen, Fahrern, die diese bedienen konnten, von Batterien, Stromkabel und Stromsteckern, Treibstoffen usw. verspätete. Wären Menschen und Materialien rechtzeitig bereitgestellt worden, hätte die Kernschmelze in den Reaktoren 2 und 3 eventuell aufgehalten werden können (zit. nach Asahi Zeitung, 5.9.2012)*
►*Wäre es nach Tepco gegangen, hätten deren Top-Manager bereits 3 Tage nach Beginn der Katastrophe die ganze Atomanlage der Kernschmelze überlassen. Motto: Hinter uns die Sintflut. Der Premierminister akzeptierte dies aber nicht, denn das hätte die Verseuchung von 50 Millionen Menschen bedeutet.*
►*Weil bis zum Fukushima-Atomunfall die privaten AKW-Betreiber praktisch tun konnten was sie wollten, sich die Nichtkontrolle durch den Staat als verheerend herausstellte und noch verheerendere Folgen hätte haben können, kommt Naoto Kan zum Schluss:* ***„So müsste***

das Konzept von Kapitalismus und privatem Eigentum insgesamt in Frage gestellt werden.“

► *„Es ist klar geworden, dass durch einen Atomunfall der Zusammenbruch der ganzen Nation droht. Diese Tatsache hat mich zu der* ***Überzeugung*** *geführt,* ***dass eine ’sichere Kernenergie’ darin besteht, nicht auf die Kernenergie zu bauen.“***

►*Die einzige Konsequenz aus dem Atomunfall von Fukushima muss der Ausstieg aus der Atomenergie sein, so Naoto Kan.*

Da Premier Naoto Kan die Energiewende in Japan einführen wollte und zum Zweck der Inspektion die Abschaltung der AKWs (2 ½ Jahre lang) erreichte, wurde er im September 2011 gestürzt. Nach den Neuwahlen betreibt die jetzige Regierung die Wiederinbetriebnahme letztlich aller AKWs – so als wäre nichts geschehen. Die Konzerne freuen sich – ein paar Manager sollen angeklagt werden – doch das tödliche Atomgeschäft geht weiter. Als Ursache dafür sieht Naoto Kan den Einfluss des so genannten „Atomdorfes“ – bei uns würde man Atomlobby oder Atommafia sagen – das sich aus Mitgliedern der Wirtschaft, der Ministerialbürokratie und der Wissenschaft rekrutiert.

Die E-Wirtschaft in Japan hat das ganze Land in 9 Gebietsmonopole aufgeteilt. Tepco ist z.B. für das Tokio umfassende Kanto-Gebiet der einzige Stromerzeuger und –verteiler. Die Strompreise in den Gebietsmonopolen werden auf Vollkostenbasis festgelegt, d.h. die Stromkonzerne dürfen alle anfallenden Aufwendungen als notwendig deklarieren. Dazu kommt ein Gewinnaufschlag von 3%. Das heißt: ***„Je höher die Aufwendungen der Stromerzeuger sind, desto höher sind deren Gewinne.“***

5 Jahre danach: Keinen Plan aber Katastrophengeschäfte

Laut neuestem Bericht des Wissenschaftsmagazins „Science“ steht Tepco nun nach 5 Jahren (!) am Anfang eines Jahrzehnte lang dauernden, 9 Milliarden US-Dollar teuren Stilllegungsprozesses. Zusammen mit der Regierung (also mit Steuergeldern) werden nun neue Technologien und Roboter entwickelt, um den geschmolzenen Brennstoff überhaupt erst aufzufinden und um dann Strategien zu entwickeln, den Zustand vor der Atomkatastrophe wiederherzustellen. Unterdessen ist das größte Problem die Speicherung und Behandlung des Grundwassers, das durch die Reaktorzonen sickert und Radioaktivität aufnimmt. 750.000 Tonnen verseuchtes Wasser werden vor Ort gelagert und es wird mit verschiedenen Maßnahmen versucht, das einsickernde Grundwasser zu reduzieren und neue Techniken zur Wasserdekontamination auszuprobieren, so der Bericht in „Science“ *(04 Mar 2016: Slow burn. Dennis Normile, Seite 1018-1020)*. Das heißt im Klartext, man hat keinen Plan, wie man die ständige Verseuchung des Grundwassers verhindern könnte und letztlich landet auch das Grundwasser im Meer und verseucht dieses samt seinen Lebewesen und über die Nahrungskette die Menschen.

Tägliches Leben unter tödlicher Atomgefahr!

Österreich ist umgeben von AKWs, Europa übersät mit Kernkraftanlagen zur Atomstromproduktion, zur Wiederaufbereitung und zur Plutoniumgewinnung. Die so genannte „zivile, friedliche“ Atomenergienutzung entstand aus der militärischen Atomwaffenproduktion und sollte dieser ein „Friedensmäntelchen“ umhängen. Die Atombombenabwürfe von Nagasaki und Hiroshima standen am Anfang der „zivilen“ Nutzung. Und die „zivile“ Nutzung führt wieder dazu, dass dadurch wieder waffenfähiges Plutonium erzeugt wird. Atomenergie und Atomwaffen sind siamesische Zwillinge. Deshalb wurde und wird die Atomenergie so hoch subventioniert und gefördert. Deshalb werden AKWs trotz bereits verheerender Atomunfälle nicht oder nur zögerlich abgeschaltet, ja neue „AKW-Generationen“, die angeblich wieder „ganz, ganz sicher“ sein sollen entwickelt und gebaut, wie gerade in Finnland oder in Großbritannien mit EU-Förderungen vorangetrieben. Die internationale Atommafia, vereint in der IAEA oder in EURATOM, Russland und China, alle wollen weiter AKWs umrüsten, ausbauen, neu bauen.

Schließung aller Atomanlagen weltweit

– das ist die einzig sichere Konsequenz! Selbst dann müssen noch unübersehbar viele Generationen mit dem atomaren Ballast,

Atommüll, strahlenden AKWs, leben. Ein Milliarden-, ja Billiardengeschäft, subventioniert von den arbeitenden Menschen dieser Welt. Damit werden künftigen Generationen die finanziellen Mittel für Leben und Gesundheit geraubt, nur um die tödliche Strahlung „in Schach“ zu halten und ohne Gewähr, dass nicht doch wieder etwas in die Luft fliegt. Ein Verbrechen an der Menschheit.

Und dort wo der „Atomausstieg“, wie in Deutschland jetzt angegangen werden soll, wird, weil – oh Wunder – die alternativen Energien schon jetzt so viel Strom und noch mehr erzeugen als die stillgelegten AKWs, von den Atom- und Elektrizitätskonzernen vom Staat Entschädigung für AKW-Schließungen gefordert; oder Atomhaftung vom Staat verlangt, wenn es zu Unfällen kommt. Es wird weiter gemacht wie bisher. Sichere AKWs – gibt’s nicht. Sicherung der Profite statt Gesundheits- und Menschenschutz ist die Devise von Konzernen und Politik (nicht nur im Atombereich).

Und Österreich? Anti-Atom-Politik?

Zuerst bis 1986 voll auf Atomkurs – trotz Atom-Nein-Volksentscheids von 1978 – tut heute das Establishment in Österreich so, als wäre es gegen die Atomenergie. In Wirklichkeit ist Österreich weiterhin Mitglied von unter anderem EURATOM und IAEA und zahlt jährlich Millionenbeträge dafür. Anti-Atom-Politik schaut anders aus. **Raus aus EURATOM und IAEA!**

Terminhinweis:

Am **21. April 2016** findet im Wiener Rathaus (Seiteneingang Lichtenfelsgasse) von 13.00 bis 18.00 Uhr (Eintritt frei) die Veranstaltung **„Nukleare Katastrophen - 30 Jahre Tschernobyl, 5 Jahre Fukushima“** der Wiener Umweltanwaltschaft in Kooperation mit dem Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften der BOKU Wien ein Symposium statt, bei dem neben namhaften in- und ausländischen Experten auch Zeitzeugen über die Ereignisse berichten. Web: www.ines7.info

Weitere Atomstörfälle und Atommachenschaften

►**431 AKW** sind Ende 2015 **weltweit** in Betrieb. Immer mehr AKWs kommen in die Jahre, d.h. die Unfallgefahr steigt.

►In den **USA** kam es im Februar 2016 im **AKW Indian Point** in der Nähe von **New York** zu einem Atomunfall, bei dem radioaktives Material ins Grundwasser und weiter in den Hudson River austrat. Die radioaktive Belastung der Umgebung des AKW liegt durchschnittlich 650-fach über dem Grenzwert!

►Wie erst jetzt bekannt wurde, fand im **französischen AKW Fessenheim** (dem ältesten Europas) im Jahr 2014 ein Unfall statt, der verharmlost und verschleiert wurde. Dabei waren die Steuerstäbe im Reaktorblock zeitweise nicht steuerbar, sodass mit Bor-Einleitung ins Kühlwasser ein Not-Herunterfahren eingeleitet werden musste. Also knapp an einer Atomkatastrophe vorbei mitten im von 132 AKWs überzogenen Europa.

►Kurz vor Redaktionsschluss wurde bekannt, dass in **Finnlands** Hauptstadt **Helsinki** am 3. und 4. März 2016 eine außergewöhnliche Belastung mit dem radioaktiven Isotop Cäsium-137 festgestellt wurde, etwa das Tausendfache der üblichen Werte – Ursache unbekannt.

►In **Belgien** ging trotz Haarrissen der seit 2014 stillgelegte Reaktor Doel 3 wieder in Betrieb. Auch Doel 1 und 2 sollen nach bereits 40 Jahren Laufzeit wieder angefahren und haben bis 2025 eine Laufzeitverlängerung erhalten.

►**Bis 2010** sind laut IAEA (Internationale Atomenergie Agentur) **rund 345.000 Tonnen hochradioaktiver Atommüll angefallen**, ganz zu schweigen von den Mengen niedrig strahlenden Mülls. Endlager gibt es keines und wird es im Sinne von Gesundheit und Leben der Menschen kein sicheres in Zukunft geben – es müsste mindestens 100.000 Jahre bis zu 1.000.000 Jahre sicher sein!

►Der Weiterbetrieb und Neubau von AKWs wird immer teurer, weshalb die Atombetreiber immer mehr staatliche Subventionen wollen.

►**Unvorstellbare Subventionierung**: Nach Angaben des Informationsdienst dpa Insight EU wird die **Subvention der Kernenergie in den EU-Staaten** einem internen Bericht der EU-Kommission zufolge im **Jahr 2011** auf **35 Mrd**. **Euro** geschätzt.
https://de.wikipedia.org/wiki/Kernenergie - cite_note-97

►**In Deutschland**, das bis 2022 den „Atomausstieg" vorhat, wird über dessen **Atomkosten** gestritten, vor allem darüber, wie die Konzerne gut aussteigen. Der AKW-Rückbau wird mit 19 Milliarden Euro geschätzt und soll aus den bereits gebildeten Rücklagen der Konzerne kommen. Man darf hier nicht vergessen, dass die deutsche Atomindustrie von 1956 – 2006 bereits ca. 50 Mrd. Euro an Staats-Förderungen, also von den Steuerzahlern, erhalten hat. Der weitere Streit geht darum, dass die Konzerne für die Zwischen- und Endlagerung rund 20 Milliarden Euro an den Staat „in geldlicher Form" zahlen sollen *(Spiegel, 9/2016*), spätestens bis 2022. Klingt viel, ist es aber nicht, denn keiner weiß heute, ob und wie eine Endlagerung möglich ist, geschweige, was diese kosten wird. Ähnlich verhält es sich mit dem AKW-„Rückbau".

►Überhaupt nicht berücksichtigt sind die Kosten einer **„Atomhaftung",** wenn ein AKW-Unfall passiert. Im Falle eines nuklearen Unfalls sind in Deutschland die Folgekosten bis zu einer Höhe von 2,5 Mrd. Euro im Rahmen der Haftpflicht versichert. Doch **laut dem französischen Institut IRSN** (www.irsn.fr) könnten die **Schäden einer AKW-Katastrophe in Mitteleuropa im dreistelligen Milliardenbereich** liegen.

►**Österreichs Atom-Nachbarn:** Neben Deutschland werden im Norden, Osten, Süden und Westen Österreichs in Tschechien, Ungarn, Slowakei und Kroatien/Slowenien, Schweiz, z.T. uralte AKWs betrieben.

►**Österreich** selbst, **zahlt, obwohl „atomfrei", Millionen Euro für EURATOM, IAEA, ITER** (Kernfusionsreaktor) oder **CERN** im Namen von Atomforschung – in Wirklichkeit auch weiterhin für Atomförderung und AKW-Ausbau und AKW-Nachrüstung. **Schluss damit!**

Syrien!

Nach Kriegen gegen Afghanistan, Irak und Libyen führt der Westen unter Führung der USA seit 2013 auch direkt Krieg gegen Syrien, um das dortige Regime zu stürzen bzw. das Land zu teilen ... Die Umsturzpläne dafür haben die US-Regierungen seit bald 20 Jahren.

www.facebook.com/juergentodenhoefer/posts/1015331645293583 8

Die Bilanz dieses Krieges im Frühjahr 2015, schon lange vor dem russischen Eingreifen: ca. 250.000 Tote, ca. 800.000 Verwundete und ca. 11 Millionen Syrer auf der Flucht (in etwa die Hälfte der Einwohner).

Es geht um die Pläne der USA, der militärisch stärksten Macht der Welt, die alle Regierungen, die sich nicht ihrem Einfluss beugen, stürzen wollen, sei es durch Putsch, sei es durch Bombenkrieg, sei es durch Krieg mit ihren Bodentruppen oder mit fremden Soldaten, sei es mit Vasallenstaaten wie z.B. Saudi Arabien oder der Türkei oder mit den von den USA geschaffenen und bezahlten Privatarmeen wie der Al Kaida oder zuletzt dem IS!

Schon 1994, 1997 und 2006 schrieb einer der wichtigsten US-Sicherheitsberater Brzezinski u.a., dass die USA um die Vorherrschaft auf der Welt zu erreichen, Eurasien beherrschen, dass Russland entscheidend schwächen und langfristig besiegen müssen und zwar im Westen durch NATO- und EU-Erweiterung, im Süden durch Iran, Irak, Afghanistan und die Region von der Ukraine bis Usbekistan und im Osten durch einen Block Japan, Korea und Taiwan. Es brauche zur imperialen Mobilmachung der USA Feindbilder, Bedrohungsszenarien, durch die sich die US-Bürger gefährdet und angegriffen fühlen.
Schon 2003 schrieb der US-General Wesley Clark, der 1999 den US-Angriff auf Serbien

und Montenegro führte, dass es seit 1993 einen Geheimplan von Bush zum US-Krieg gegen sieben Länder gab. Da heißt es: *„Als ich im November 2001 durch das Pentagon zurück lief, hatte einer der älteren diensthabenden Militäroffiziere Zeit für eine Unterhaltung. Ja, wir sind nach wie vor dabei, gegen den Irak vorzugehen, sagte er. Aber da war noch mehr. Dies ist als ein Teil eines über fünf Jahre geplanten Feldzugs diskutiert worden, sagte er, und da gab es insgesamt sieben Länder, angefangen mit dem Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Iran, Somalia und Sudan.“(S.130)…* Und General Clark endet:*„Gewiss, dies ist völlig identisch mit dem Masterplan der US-Neokonservativen 'Neugestaltung von Amerikas Verteidigung'“.*(Wesley Clark: Winning Modern Wars 2003 und Rebuilding Americas Defences, PNAC August 2000)

2001 hatte also das Pentagon, das US-Verteidigungsministerium – man müsste es unbedingt Kriegsministerium nennen – schon 5-Jahres-Pläne zum Krieg gegen den **Irak, Syrien,** Libanon, **Libyen,** Iran, **Somalia** und Sudan. Gegen die fettgedruckten Länder führten die USA dann auch schon Krieg, in Libanon tat es Israel für sie. Das für den Irak-Krieg 2003 **inszenierte Bedrohungsszenario** war die CIA-Lüge, dass Sadam Hussein **Massenvernichtungswaffen** besitze und somit der „Westen“ bedroht sei. Das diente als Vorwand für den Irak-Krieg 2003.

Die Kriege der USA im Irak hat seit 2003 ca. zwei Millionen Menschen das Leben gekostet! Ihre Politik im Irak bedeutete: keine Befreiung, sondern die Zerbombung und Verwüstung der Städte und des Landes, zum Teil auf lange Zeit unbewohnbar, zum Teil durch Uran-Munition auch radioaktiv verseucht, weiters zwei Millionen Flüchtlinge im Land und zwei Millionen Flüchtlinge, die ins Ausland geflohen sind! Seit 2011 führten die USA und ihre Verbündeten den Krieg gegen Libyen und bombardieren gerade dieser Tage wieder Teile des Landes.

Die USA betreiben den Sturz des Assad-Regimes – mit IS und Al Nusra

Seit 2013 führen die USA und ihre Verbündeten nun direkt Krieg gegen Syrien.

Laut von Wikileaks veröffentlichten Berichten der US-Botschaft in Damaskus arbeiten die USA jedoch schon seit 2006 auf den Sturz von Assad hin. 2007 hat der bekannteste US-Aufdeckungsjournalist Seymour Hersh berichtet, dass die USA, Saudi Arabien und Israel eine regionale Armee von sunnitischen Terroristen (Al Nusra und IS) gegründet und unterstützt haben, um speziell die Regierungen des Irans und Syriens zu stürzen. Die USA und Israel unterstützten die Pläne geheim, Saudi-Arabien stand offiziell hinter den Plänen und Prinz Bandar, der Sicherheitsberater der saudi-arabischen Herrscher -mit der Bush-Regierung aufs engste verbunden - gab dies auch zu.(*“The Redirection: Is the Administration’s new policy benefiting our ene-mies in the war on terrorism?” Seymour Hersh in: The New Yorker, March 5, 2007)* Der Plan beinhaltete befreite Gebiete für sunnitischen Terroristen in den Anrainerstaaten Syriens, und zwar im Libanon, in Jordanien und im Irak. Vom Westen werden ja heute die sunnitischen Terrorakte (IS, Al Nusra) u.a. als Folge eines innersyrischen Konflikts dargestellt, laut Hersh sind sie aber das Resultat einer lange geplanten ausländischen Aggression gegen Syrien, verübt von den USA, Israel, Saudi-Arabien und ihren sunnitischen Stellvertretern. 2012 hieß es dann sogar in einem Bericht des US-Militärgeheimdienstes Defense Intelligence Agency(DIA), dass das Pentagon den *„Aufstieg des Islamischen Staats als strategische Chance sah, um das syrische Regime zu destabilisieren“* und dass die USA die sunnitischen Oppositionsgruppen als wirksamste Waffen zum Sturz des Assad-Regimes und um den Iran zu schwächen, aufgebaut haben. In dem Bericht heißt es: *„Salafisten (ISIS), die Muslimbruderschaft und AQI (Al-Qaida im Irak) sind die wichtigsten Kräfte, die den Aufstand in Syrien vorantreiben.“ ...**IS könnte auch einen Islamischen Staat ausrufen, wenn es sich mit anderen terroristischen Organisationen im Irak und in Syrien zusammenschließt***.“ (DIA Bericht zitiert u.a. auf der Website der Deutschen Wirtschaftsnachrichten vom 25.5. 2015)

Schützt Al-Kaida westliche Interessen?

Nach einem verheerenden Bombenattentat durch Al Kaida in Damaskus am 11.Mai 2012 mit 59 Toten und 372 Verletzten sagte die damalige US-Botschafterin bei der UNO, Rice, dass die von der NATO unterstützten Terroristen weitere Attacken verüben würden, wenn Präsident Assad nicht zurücktrete. Der damalige US-Verteidigungsminister L.Panetta sagte, dass Al-Kaida Terroristen in Syrien aktiv sind und auch Außenministerin Hilary Clinton gab zu, dass diese dort aktiv den bewaffneten Aufstand gegen Assad unterstützen. Das

stimmt mit den Berichten überein, wonach die selben Al-Kaida Terroristen, die am Sturz Ghadafis in Libyen beteiligt waren, durch NATO-Luftstreitkräfte nach Syrien geflogen wurden, um Assad zu stürzen.(P.J. Watson: Prison Planet.com 11.5. 2012)
Syrien hat wegen der feindlichen Haltung der USA, der EU- und NATO-Streitkräfte, die schon 2003 an seine Grenzen herangerückt waren, seit Mitte der 2000er Jahre den Handel mit dem Westen reduziert, dagegen die Wirtschaftsbeziehungen mit China, Russland, dem Iran und der Ukraine und der Türkei ausgebaut und mit Hilfe von Russland, einem strategischer Partner von Syrien, seine Streitkräfte zwischen 2006 bis 2010 aufgerüstet.

Assad – schon lange ein Dorn im Auge der USA

Der syrische Präsident Assad steht den Machtinteressen der USA seit längerem gerade auch als Verbündeter Russlands in der Region im Wege. Als Bedrohungsszenario für den Krieg gegen Assad diente dem Westen die Behauptung, Assads Armee hätte Chemiewaffen gegen die Opposition eingesetzt. Es wurde jedoch längst nachgewiesen, dass die Chemiewaffen (Sarin) in Syrien nicht aus syrischen Armeebeständen stammten, wie bei uns bis heute behauptet wird, sondern sie sind von den Westmächten bzw. deren Verbündeten Saudi-Arabien und der Türkei der syrischen Opposition zur Verfügung gestellt worden. (J. Cook, Medienmanipulation: Hersh deckt weitere Syrien-Lügen auf, Kopp online 8.04.2014).
Bis heute wollen uns die USA, die Westmächte und ihre Medien weismachen, dass der Westen in Syrien gemäßigte Rebellen gegen Assad unterstützt, die auch gegen den IS kämpfen.
Doch selbst der US-Geheimdienst CIA hat schon zugegeben, dass es keine gemäßigten Rebellen gäbe. Seymour Hersh berichtet am 21.12. 2015 dazu u.a.: Von einem Trainingscamp in Jordanien heißt es, dass die Bemühungen des CIA, gemäßigte Rebellen zu trainieren, völlig gescheitert seien. Und von einem CIA Trainingscamp in der Türkei berichtet das Pentagon im September 2015, dass nur mehr 4 der Rekruten gegen den islamischen Staat kämpften, 70 von ihnen liefen sofort nach Passieren der syrischen Grenze zur Al Nusra Front über. (http://www.lrb.co.uk/v38/n01/seymour-m-hersh/military-to-military)

„Die Presse“ vom 8.2. 2016 berichtet über die Kämpfe um Aleppo, dass die sog. „gemäßigten“ Rebellen Treibstoff beim IS, dem „Feind“ kaufen: Da heißt es u.a.: *„Mit dem Durchbruch der Regierungstruppen wurde die Hauptnachschubroute der Rebellen in die Stadt abgeschnitten. Das hat nicht nur bittere Konsequenzen für Aleppo. Auch die Rebellen in der Provinz Idlib sind betroffen. Denn damit ist der Nachschub an Benzin gekappt. Den Treibstoff hatten die Rebellen vom IS gekauft, dem Feind, den sie eigentlich bekämpfen.(?) Die Extremisten kontrollieren den überwiegenden Teil der syrischen Ölquellen. Es gab eine informelle Handelsroute aus dem IS-Gebiet im Nordosten von Aleppo bis in den Westteil der Stadt und nach Idlib. Erst im Juni war es zu einer neuen Absprache zwischen den Rebellen und dem IS gekommen...“*

Austausch:
Flüchtlinsstrom – Waffenstrom

Nicht nur mit dem IS sondern auch mit der Al Nusra Front kooperieren zahlreiche Rebellengruppen zum Sturz des Assad-Regimes. (Wiener Zeitung , 27./28.2. 2106) Auch ein Kommandant der islamistischen Ahrar al-Sham Gruppe sagte zur Waffenruhe, man werde jene, mit denen man gekämpft habe, nicht einfach aufgeben. Damit ist eindeutig die Nusra-Front gemeint. Und als regimekritische Rebellen meldeten, russische Kampfjets hätten die Waffenruhe verletzt und sechs Orte in der Provinz Aleppo bombardiert, war sogar die regimekritische „Beobachtungsstelle für Menschenrechte“ in London der Ansicht, dass sich dort die Nusra-Front aufhalte, die ja vom Waffenstillstand ausgenommen ist!(Gudrun Harrer: „Die Presse“ 28.2. 2016). Das von der Al Nusra Front gehaltene Gebiet ist von jenem

der anderen Rebellen nicht wirklich unterscheidbar.

Der Westen samt Saudi Arabien und der Türkei sponsern u.a. den IS und Al Nusra, das schreiben auch manche Journalisten seit Jahren. Dies wurde spätestens am 26.11. 2014 von der internationalen Nachrichtenagentur „Deutsche Welle“ in einem Video unter dem Titel: „IS supply channels through Turkey“ (Nachschublinien des IS durch die Türkei) bestätigt. Danach erhält der IS schon mindestens seit 2011 Waffen, Vorräte und sonstigen Nachschub im Werte von 100ten Millionen Dollar über 100te Lastwagen, die täglich die türkische Grenze nach Syrien passieren. Über das NATO-Land Türkei reisen neue IS-Kämpfer nach Syrien ein. *„Die Nachschublinien von ISIS verlaufen genau dort, wo die syrische und irakische Luftwaffe nicht hin kann, sie gehen über das NATO-Mitglied Türkei im Norden und im Süd-Westen über die US-Verbündeten Jordanien und Saudi Arabien“.*(Tony Cartalucci, New Eastern Outlook / NEO, TIME Admits ISIS Bringing Arms, Fighters in From NATO Territory http://journal-neo/2015/07/12/time-admits-isis-bringing-arms-fighters-in-from-nato-territory/)
Da es immer offensichtlicher wird, dass der Westen den IS und die Al Nusra Front nicht wirklich bekämpfen will (s.o.), kritisieren die westlichen Medien seit 2015 zunehmend die Türkei und Saudi -Arabien für ihre Unterstützung der Terroristen.
Gleichzeitig sind beide Staaten weiterhin die besten Verbündeten des Westens. Die USA tun so, als sei ihnen das Ganze aus dem Ruder gelaufen, ihre Verbündeten würden „zu radikal“ agieren. Doch der IS und die Al Nusra sind Söldner-Truppen der USA, sind Stellvertreter-Armeen für die Interessen der USA, ihnen nicht genehme Regierungen zu stürzen. Die USA und ihre Lakaien schaffen „failed states“ (gescheiterte Staaten). Die USA brauchen keinen Frieden in der Region! Ja, die von ihr mit Saudi-Arabien u.a. ins Leben gerufene IS Söldner-Truppe soll ja auch weiter gegen den Iran, die Kaukasus-Region von Südrussland und in Zentralasien eingesetzt werden.

„Der Westen sucht eine politische Lösung“ – von wegen!

Zu Syrien sagte der frühere finnische Präsident und Friedensnobelpreisträger Martti Ahtisaari in einem Interview 2015 u.a., dass Russland im Jahr 2012 dem Westen eine politische Lösung für Syrien angeboten hat, die u.a. einem Verzicht Assads auf sein Amt beinhaltete. *(„The Guardian“ 15.09. 2015)* Die Westmächte ignorierten dieses Angebot und setzten stattdessen auf die weitere Bewaffnung der Jihadisten, weil sie sich sicher waren, dass der Sturz Assads ohnehin bald bevorstehen würde. Diese Verweigerung einer politischen Lösung durch die Westmächte hat seither einer viertel Million Menschen das Leben gekostet und 11 Millionen zu Flüchtlingen gemacht, vier Millionen davon sind ins Ausland geflohen (rd. 5% davon nach Europa). *„Wir haben das verursacht“ und ...* „*Wir hätten das verhindern können, diese Flut von Flüchtlingen in die Staaten Europas, das ist ein selbstgemachtes Desaster.“,* zitiert die Zeitung Ahtisaari weiter. Erst seit Russland Assads Truppen militärische Unterstützung gewährt und auch effektiv den IS und die Al Nusra bekämpft, finden sich die USA bzw. die anderen Westmächte nun zähneknirschend bereit, auch etwas gegen den IS zu unternehmen. Und auch das derzeitige Waffenstillstandsabkommen in Syrien kommt durch Russlands Eingreifen zustande. Dazu sagte der frühere Bundeswehr-General-inspekteur Harald Kujat im Februar: *»Die Russen haben mit ihrem militärischen Eingreifen den Friedensprozess erst ermöglicht.«* Er ergänzte: Hätte Russland nicht eingegriffen, hätte *„der IS Syrien übernommen – dann den Libanon“.* (Aus: *Passauer Neue Presse 12.2.2016*)

Was macht Österreich?

Statt neutral zu sein, wie es unserer Verfassung vorschreibt, unterstützt Österreich die Kriegspolitik des Westens, der einen Regimewechsel in Syrien durch Geld und Waffen für die islamistischen Gruppen erzwingen will. Gleichzeitig geben auch bei uns die Herrschenden vor, die islamistischen Terroristen zu bekämpfen. Österreich nimmt den Krieg in Syrien und die Flüchtlingsthematik zum Vorwand, unter Bruch der Neutralität, die Auslandseinsätze des Heeres zu forcieren. (Im Übrigen liefert Österreich z. B. Splittergranaten nach Saudi Arabien und in die Vereinigten Emirate (VAE). In die VAE lieferte Österreich zuletzt im Juli 2015 150.000 Stück dieser Granaten. Beide Staaten führen Krieg gegen den Jemen, mit Geld, Waffen etc. unterstützt Saudi-Arabien den IS Österreich bestätigt, jetzt bei der Frontex mitzumachen. Die Frontex wird nun der NATO unter deutschem Oberkommando unterstellt. Die NATO soll sich im Mittelmeer angeblich an der Schlepperbekämpfung und

an der Flüchtlingsabwehr beteiligen. Das dient der NATO bzw. den großen EU-Staaten nur als Vorwand für ihre militärische Präsenz in diesem Raum. Es kann nicht angehen, dass wir uns von den USA und den westlichen Großmächten für ihre Kriegsvorbereitungen und Krieg gegen Russland missbrauchen lassen.

Schluss mit Österreichs Teilnahme an Kriegsvorbereitungen und Krieg!

Broschüre

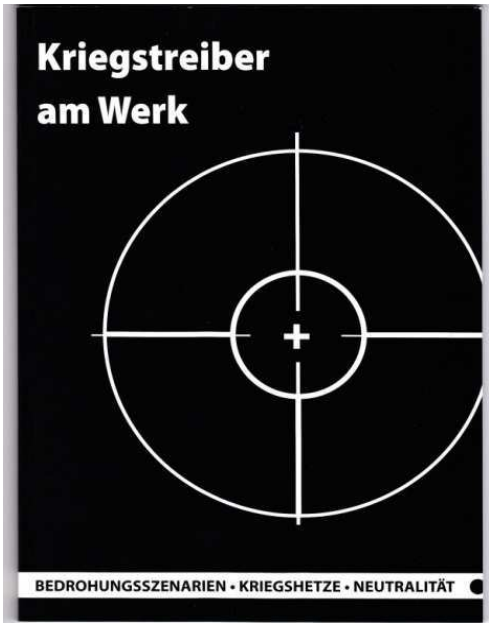
„Kriegstreiber am Werk“

- ein Medium gegen den Krieg!

Anhand einer Fülle von Fakten und Zitaten, die in dieser Dichte kaum sonst wo zusammengestellt sind, zeigt die Broschüre die Interessen und Pläne der Kriegstreiber auf. Sie bietet eine Menge an Material für Argumentation und Diskussion. Die Broschüre ermutigt, zusammen
zufinden und gemeinsam gegen die Kriegstreiber und für die Neutralität Österreichs aufzutreten.

Bestellung unter: ggae@gmx.at
Einzelpreis: 4,80 € exkl. Porto.
Ab Bestellung von 10 Stück:
3,- €/Stk. exkl. Porto.

Konto: Empfänger: W. Leisch / Gew.gg.Atom
IBAN: AT22 6000 0000 7305 5305



www.atomgegner.at

Wovor wir wirklich Angst haben sollten:

Die Militarisierung der Gesellschaft

Die USA als Gesetzgeber und Weltpolizist.

Vom US-Präsidenten Ronald Reagan wurde 1985, nach Anschlägen in Beirut und nach mehreren Flugzeugattentaten der Begriff „Krieg gegen den internationalen Terror“ geprägt. Es folgten dann immer wieder kriegerische Einsätze der US-Armee im Nahen Osten und in Afrika. Nicht zufällig markieren die Amtszeiten von Reagan und Thatcher auch den Beginn der „Neoliberalen Phase des Kapitalismus“.

Nachdem der Kapitalismus mit dem Ausbeuten von Energie, Umwelt und von Menschen keine zweistelligen Zuwachsraten und Profite mehr erzielen konnte, wurde noch massiver auf die direkte Beraubung der „Armen“ übergegangen.

Das bedeutet die totale Privatisierung der staatlichen Infrastruktur und Plünderung der Sozialsysteme. Mühsam in Europa in den letzten hundert Jahren erkämpfte soziale Rechte werden dabei abgeschafft. Nach den Anschlägen am 11. September 2001 wurde der Begriff „Krieg gegen den Terror“ vom Präsidenten G.W.Bush dazu benutzt, um nach außen Kriege um Rohstoffe zu führen und im Inneren einen Überwachungs- und Polizeistaat aufzubauen, der Aufstände und Unruhen der Armen unterbinden soll. Alle Staaten der Erde wurden aufgefordert, beim „Krieg gegen den Terror“ unter US-Führung mitzumachen. G.W.Busch: „*Jedes Land in jeder Region muss sich jetzt entscheiden – entweder es steht an unserer Seite oder an der Seite der Terroristen*“.

Über die zahlreichen Kriege mit nachhaltig zerstörten Staaten und Regionen (Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und ihren Nachbarn in Asien

und Afrika) mit Millionen Todesopfern und Flüchtlingen haben wir in unseren Ausgaben ausführlich berichtet und berichten über die Hintergründe auch in dieser. Um den permanenten „Krieg gegen den Terror“ zu führen, ohne je eine Kriegserklärung an einen Staat abzugeben und gleichzeitig im Inneren die Armen auszurauben und gegeneinander zu hetzen, bedarf es eines permanenten Ausnahmezustands, also eines rechtsfreien Raumes, in dem Militärs, aber auch die Polizei alles dürfen, ohne dafür je zur Verantwortung gezogen zu werden. Diese Übergriffe werden von den US-Gerichten durch Freisprüche sanktioniert und zusätzlich werden immer mehr Gesetze geschaffen, die neben der Verletzung von internationalen Rechten auch die Einschränkung der Grundrechte von US-Bürgern verletzen. Außerhalb der USA sollte ja ohnehin auch US-Recht gelten. Die Regierungen beider Präsidenten Bush und Obama haben den „Krieg gegen den Terror“ zum schrittweisen Abbau demokratischer Rechte im Inland genutzt: Mit dem Patriot Act wurden polizeistaatliche Einschränkungen eingeführt, die Polizei wurde massiv aufgerüstet und mittels der NSA und anderer Geheimdienste wird die Bevölkerung rund um die Uhr überwacht. Die Ermordung von „störenden“ Menschen, auch von US-Bürgern, ohne Anklage und Gerichtsprozess wurde mit Drohnenangriffen zur Routine. Die neueste „Errungenschaft“ in dieser Richtung, ist ein im Juni 2015 vom US-Verteidigungsministerium herausgegebenes Handbuch zum Kriegsrecht.

Übrig bleibt letztlich das Kriegsrecht.

Dieses 1.165 Seiten starke Handbuch beinhaltet im Wesentlichen eine Anleitung, wie man das Völkerrecht und US-Gesetze bricht und Kriegsverbrechen begeht. Das Kriegsrecht, wie es das Pentagon versteht, setzt nicht nur die internationalen Menschenrechtsverträge, sondern auch die US-Verfassung außer Kraft. Das Handbuch erlaubt die Tötung von Zivilisten in bewaffneten Konflikten und schafft die Voraussetzungen für massenhafte Inhaftierungen durch das US-Militär. Journalisten dürfen nicht nur zensiert, sondern auch als feindliche Spione behandelt und dem Militärgericht zugeführt werden, wenn die Generäle das für notwendig halten. Das Handbuch stellt den Einsatz von Atomwaffen frei und lässt auch Napalm, Geschosse aus angereichertem Uran, Streubomben und andere schreckliche Waffen zu. Dieses Handbuch ist eine „Anleitung für den totalen Krieg und die Errichtung einer Militärdiktatur“ und beweist, dass Militarismus und Demokratie nicht vereinbar sind.

Die einzig verbliebenen „Weltmacht“ bezieht alle Staaten der Welt und auch uns, nicht nur dadurch mit ein, dass wir bedingt durch EU Verträge, die auch bei uns über der Verfassung stehen, Personen- und Sicherheits-Daten liefern müssen und sogenannte „Polizeiorgane“ wie NSA, CIA... des „Weltpolizisten“ auf unserem Territorium praktisch freie Hand haben, nein, wir müssen uns auch in die Richtung eines Polizei/ Militär-Staates bewegen. Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung und des Schutzes vor Flüchtlingen wurden und werden ganz wesentliche Schritte dazu bei der EU und auch direkt bei uns in Österreich gesetzt.

Soziale Ausgangslage und EU-Reaktion: Bespitzelung

Das Pew Research Center, eine überparteiliche Expertengruppe, berichtete im Juli 2015, dass trotz aller Fortschritte in der Kommunikation, der Landwirtschaftstechnik und der Biotechnologie 74% der Weltbevölkerung mit einem täglichen Einkommen unter 9 €, also in tiefer Armut leben müssen. Auch die OECD bestätigte in einem Bericht Ende 2014, dass heute die Kluft zwischen Arm und Reich in den Ländern der Organisation weit größer ist als vor 30 Jahren. Das gilt insbesondere auch für Deutschland und Österreich. Entsprach z.B vor 30 Jahren der Monatslohn eines Arbeiters eines Großbetriebes etwa den Tageseinkünften des Firmenchefs (1:20) so entspricht heute der Tageslohn des Chefs dem von 9 Monaten bis 1,5 Jahren des Arbeiters (1: 180-400).

Dieser Reichtum muss vor eventuellen Aufständen beschützt werden und dazu müssen vor allem Daten der Bürger gesammelt werden und eine EU-Daten Superbehörde wird aufgebaut. Zielperspektive: ein EU-Geheimdienst nach dem Muster der NSA bzw. CIA. Dazu passt auch das von der österreichischen Regierung neulich beschlossene Polizeiliche Staatsschutzgesetz (PstSG). Der Innenausschuss des EU-Parlaments hat einen Deal mit den Mitgliedsstaaten abgesegnet, wonach die europäische Polizeibehörde künftig auch Daten privater Firmen wie Facebook oder Google nutzen darf. Seit 1. 1. 2016 betreibt Europol in Den Haag das „Europäische Zentrum für Terrorismusbekämpfung“ (ECTC). Es soll als „Unterstützungseinheit“ fungieren, um die verschiedenen Anstrengungen im Falle grenzüberschreitender gemeinsamer Ermittlungen zu bündeln.

INDECT, ein schon länger laufendes EU-Projekt, bedeutet soviel wie *„Intelligentes Informationssystem zur Unterstützung von Überwachung,*

Suche und Entdeckung für die Sicherheit von Bürgern in städtischer Umgebung.“ Wird man vom Überwachungsprogramm INDECT als „verdächtig“ eingestuft, so könnte man auch ins Visier des ebenfalls EU-geförderten Drohnenprojekts **AEROCEPTOR** kommen. Dieses Drohnenprogramm dient dazu, mögliche „nicht kooperative“ Fluchtfahrzeuge durch Lahmlegen der Elektronik oder durch Einsatz von Gummigeschossen, Leuchtraketen, Rauch- oder Blendschockgranaten zu stoppen. Seit Oktober 2015 ist die automatische Notrufeinrichtung Ecall für EU-Neuwagen Pflicht. Die Autos sind so online dauernd mit einem GPS verbunden und können nicht nur im Notfall sondern ständig geortet werden. Auf der Liste der 15 EU-Projektpartner finden sich Forschungseinrichtungen, Technologie- und Rüstungskonzerne aus der EU, der Türkei und Israel. Aus Österreich sind das Austrian Institute of Technology (AIT) und die Sigmund Freud Universität (CEUSS) dabei.

Also auch Österreich mischt hier entscheidend mit. Mitte Juni 2015 wurde bekannt, dass die NSA beim österreichischen Heeresnachrichtenamt (HNaA), dem Auslandsgeheimdienst des österreichischen Bundesheeres, eine Kontaktstelle habe und eine intensive Kooperation stattfinde – also Daten von Bürgern oder ganze Datensätze gehen direkt an die US-Geheimdienste. Hier soll nun mit der kürzlich beschlossenen Sicherheitsstrategie eine neue Gewichtung innerhalb des Heeres stattfinden.

Ein neuer Bereich wird geschaffen, personell stärker bestückt als das Abwehramt und Heeresnachrichtenamt zusammen und dürfte zwischen Abwehramt und Kommando-Führungsunterstützung angesiedelt werden. Eine zentrale Rolle bei der Entstehung sollen die Gruppe C des Abwehramtes, die sich schon jetzt mit Sicherheit im technischen und elektronischen Bereich beschäftigt, und die Abteilung Technische Aufklärung des Heeresnachrichtenamtes einnehmen. Dieser *„Cyber-Defense“-Bereich soll mit rund 1.600 neu einzustellenden Mitarbeitern betrieben werden (Geld spielt also keine Rolle)*.

Die „Zeit“ ruft nach dem starken Staat

In einem sieben Seiten langen Artikel mit der provokanten Überschrift „*Politische Führung: Darf's auch etwas mehr sein?*“ ruft das sogenannte liberale Wochenblatt „Die Zeit“ Mitte 2015 nach einem „starken Staat“. In jedem Absatz wird dem Leser die zentrale Botschaft des Artikels eingetrichtert: Deutschland braucht wieder einen „starken, durchgreifenden Staat“! Der Artikel beginnt mit folgenden Worten: „*Wenn nicht alles täuscht, erleben wir gerade die Wiederkehr des starken Staates. Man muss nicht lange überlegen, um sich klarzumachen, dass die enormen Aufgaben, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen, nicht ohne einen starken Staat gemeistert werden können“. Nur der „starke Staat“ könne die klassischen Staatsaufgaben „Sicherheit und Ordnung, Recht und Gerechtigkeit“ erledigen. „Die Zivilgesellschaft kann das nicht […], der Markt vermag es nicht, die Algorithmen der digitalen Staatsverächter von Google und Co. können es erst recht nicht, und Europa versagt gerade ziemlich kläglich“*, schreibt der Autor des Artikels, Heinrich Wefing. Diesem Aufruf wird nicht nur vom deutschen, sondern auch von anderen europäischen Regierungen und Innenministerien nicht nur enthusiastisch Folge geleistet, sondern er bestärkt schon sehr lange vorbereitete Einsatzpläne.

Seit 2005 befindet sich im norditalienischen Vicenza das *„Center of Excellence for Stability Police Units“,* ein Zentrum für die Ausbildung von Gendarmerie-einheiten, die „besonders geschult sind im Umgang mit gewaltsamen Aufständen“, wie der Politikwissenschaftler Christian Kreuder-Sonnen erläutert. Hier werden europäische, amerikanische und afrikanische Polizisten für den Einsatz in Kriegsgebieten vorbereitet. Dieses Zentrum finanzieren hauptsächlich die USA. Vicenza beheimatet den US-amerikanischen Armeestützpunkt Caserma Ederle, der das Hauptquartier der „Southern European Task Force“ ist, zu der auch die 173.Luftlandebrigade gehört, die im Nahen Osten immer dann aktiv wird, wenn es mit der Türkei nicht ganz so gut klappt. In diesem US-militärisch geprägten Vicenza hat aber auch die 2006 gegründete Europäische Gendarmerietruppe (EGF) ihren Sitz. In der EGF sind acht europäische Gendarmerien vertreten, die türkische hat einen Beobachterstatus. Diese Truppe ist äußerst flexibel einsetzbar: Sie kann unter EU-, UNO-, OSZE- oder NATO-Kommando gestellt werden. Laut Wikipedia

gehören zum Aufgabenbereich der EGF *„der Schutz von Besitztümern und Menschen sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung im Falle einer ‚öffentlichen Störung'."* Ihre ersten Einsatzgebiete waren Bosnien und Herzegowina, Afghanistan und Haiti.

2008 startete die französische Gendarmerie gemeinsam mit der Europäischen Kommission ein Projekt, in dessen Rahmen Polizisten und Mitglieder der Gendarmerie aus mehreren EU-Ländern gemeinsam trainieren. Zwei Jahre später fand eine Übung unter Leitung der deutschen Bundespolizei in einer Bundeswehrkaserne nahe Potsdam statt. Seit der Finanzkrise 2008 wird der europäische Sicherheitsapparat beschleunigt ausgebaut. Das Budget des europäische Netzwerks von nationalen Spezialeinheiten der Polizei ATLAS wurde laut der britischen Bürgerrechtsorganisation Statewatch in letzter Zeit um das Fünffache erhöht. Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) werden militärische und polizeiliche Zuständigkeiten zunehmend verwischt und Kapazitäten zur Bekämpfung von Aufständen aufgebaut. Offiziell gehe es dabei um Einsätze in Ländern außerhalb der Europäischen Union. Aber mit Art. 222 des Lissabon-Vertrags hat man auch die rechtliche Voraussetzung für den Einsatz von Militär und paramilitärischen Einheiten in EU-Krisenstaaten geschaffen.

Während der so genannten Finanzkrise wurde für Griechenland auch immer die Option einer Militärregierung oder der Einsatz von EU-Truppen gegen Demonstranten angeschnitten und auch bei der aktuellen Flüchtlingsproblematik wird die Übernahme von griechischen Hoheitsrechten durch EU-Militärs erwogen. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat Mitte Juni 2010 bei einem Treffen mit Gewerkschaftsführern vor Bürgerkriegen und Militärputschen in Europa gewarnt, wenn die Staatskassen leer sind, die Bürger aber ihre Sozialleistungen weiter einfordern : *„In Staaten wie Griechenland, Spanien und Portugal werde die Demokratie dann sehr schnell der Vergangenheit angehören. Die Diktatur werde zurückkehren. Es drohe in mehreren bankrotten EU-Staaten ein Militärputsch".*

Vom 20. bis 22. Oktober 2014 fand mitten im Zentrum Berlins die zweite „International Urban Operations Conference" statt. 400 Vertreter aus 40 Ländern, darunter vielen mit zweifelhaftem demokratischen Ruf, diskutierten drei Tage lang über die Niederschlagung von Aufständen und anderen Formen des Bürgerkriegs in städtischen Gebieten. Finanziert wurde die Konferenz von der Rüstungsindustrie. Unter den offiziellen Sponsoren finden sich der weltweit führende Hersteller von Handfeuerwaffen, Heckler&Koch, die Waffenschmieden Dynamit Nobel Defence und Kärcher Futurtech, sowie die israelische Rüstungsfirma Rafael. Zahlreiche weitere Waffenhersteller boten ihre Produkte auf Ausstellungsständen an.

Polizei- und Militärgewalt will geprobt sein

Damit Soldaten die Niederschlagung sozialer Aufstände realitätsnah trainieren können, baut die Bundeswehr auf dem Gelände des „Gefechtsübungszentrum Heer" (GÜZ) nördlich von Magdeburg bis 2020 die Stadt Schnöggersburg, einen „urbanen Ballungsraum" mit 520 Gebäuden. Er soll mit typischer Infrastruktur – darunter einem Elendsviertel, einem Industriegebiet und einer Moschee, die man bei Bedarf in eine Kirche umwandeln kann – bebaut sein. Nach der Fertigstellung werden EU- sowie NATO-Kampfverbände gemeinsam den Krieg in der Stadt und gegen die Stadtbevölkerung proben.

Das Militär und die Sicherheitskräfte werden aber jetzt schon gegen Demonstrationen und Streiks eingesetzt: bei den Generalstreiks und Streiks in Griechenland sowie in Spanien. Dort feuerten im März 2014 Anti-Aufstands-Einheiten mit Tränengas und Gummigeschossen auf Teilnehmer einer Demonstration in der Hauptstadt Madrid, an der über eine Million Menschen teilnahmen.

Die Berliner Polizei führte im Jänner. 2016 eine Bürgerkriegsübung zur Unterdrückung sozialer Unruhen durch. Ein Aufgebot von fünf Hundertschaften der Berliner Polizei und zwei Sondereinsatzkommandos (SEK) stürmte das von der alternativen Szene bewohnte Haus in der Rigaer Straße 94 in Berlin Friedrichshain. Während die nähere Umgebung durch dreihundert Polizisten abgesperrt wurde, drangen die zwei SEK-Sonderkommandos mit Hilfe einer Feuerwehrleiter über das Dach in das Gebäude ein. Danach stürmten weitere zweihundert Polizisten das Haus und durchsuchten es vom Keller bis zum Dach nach „gefährlichen Gegenständen". Vorbild war wohl eine ähnliche Aktion im Juli 2014 in Wien, wo bei der Räumung der „Pizzeria Anarchia", in Wien-Leopoldstadt 1.700 Beamte im Einsatz waren. Unterstützt von Wasserwerfern und Panzerwagen, Hubschraubern, Sonderkommandos und Einheiten aus Bundesländern wurde die Räumung vollzogen. Im mehr als zwölfstündigen Einsatz wurden 19 Besetzer – 13 Männer und

sechs Frauen – und zwölf weitere Personen festgenommen. Alle wurden am nächsten Tag wieder freigelassen.

Oberst Peter Schrottwieser, stellvertretender Vorsitzende der GÖD-Bundesheergewerkschaft war im August 2015 noch empört, *„dass man großzügig das Bundesheer hinausschicke um Asylwerber zu transportieren, Container aufzubauen und Verpflegung auszugeben. Dadurch gebe es dann keine Mittel für die „tatsächlichen Aufgaben zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, die das Bundesheer in Assistenz zur Exekutive zu bewältigen haben wird".* Nun sechs Monate danach, bewachen bewaffnete Soldaten und Räumpanzer unsere Grenzen und werden auch von Österreich bezahlte „Söldner" für die Grenze von Mazedonien angeboten. Militärstreifen dürfen im Süden Österreichs private Autos anhalten und kontrollieren – also die Sorgen um die fehlenden Mittel waren völlig unberechtigt.

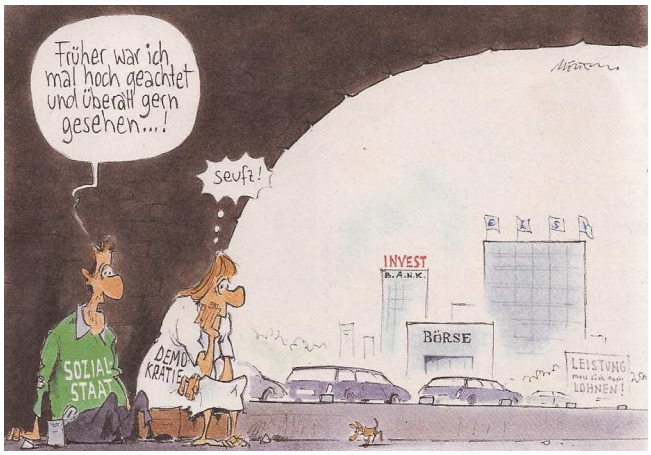
Verschmelzung von Polizei und Militär

Die beiden Ministerien, für das Heer und für die Polizei, wetteifern einerseits um die Führung bei der Militarisierung und arbeiten andererseits auch intensiv zusammen. Für die Sicherheitsoffensive, die Mikl-Leitner nach den Terrorangriffen von Paris angekündigt hat, wünschte sie sich einen dreistelligen Millionenbetrag für gepanzerte Fahrzeuge, ballistische Schutzwesten und beschusssichere Hubschrauber. Das Militär pocht aber auf Zusammenarbeit. Es verfügt ja unter anderem über 102 gepanzerte Fahrzeuge Iveco, 71 leicht gepanzerte Fahrzeuge Pandur, 112 Schützenpanzer Ulan und 48 Allschutztransportfahrzeuge Dingo sowie neun Black-Hawk-Hubschrauber.

Wann das Innenministerium auf die Ressourcen des Heeres zurückgreifen kann, ist im Wehrgesetz klar geregelt – es muss einen Assistenzeinsatz „zum Schutz der demokratischen Freiheiten der Einwohner" sowie „der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren" beantragen. Außerdem arbeiten Verteidigungs- und Innenressort bereits seit drei Jahren auch im Bereich der Ausbildung verstärkt zusammen: Seit 2012 gibt es zwischen Militär und Polizei ein schriftliches Verwaltungsübereinkommen. Vorhandene Ausbildungseinrichtungen, -mittel und -angebote werden gemeinsam genutzt, um die „Zusammenarbeit zu vertiefen" und „damit für beide Ministerien eine Win-Win-Situation" zu erreichen, heißt es aus dem Verteidigungsressort. Klug und Mikl-Leitner unterzeichneten im Nov. 2014 ein weiteres Verwaltungsabkommen, demnach sollen bis zu 87 Heeresbedienstete das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl verstärken.

Bei einem der größten Polizeieinsätze des Jahres 2015, (Generalmajor Robert Strondl vom Innenministerium), dem G7 Gipfel in Bayern und der Bilderberg Konferenz in Telfs in Tirol (7. - 14. Juni 2015) konnten nun endlich die Black-Hawk Hubschrauber des Bundesheeres die Spezialisten der Cobra in den Einsatz fliegen. *"Die Aufgabe der Polizei beim G7-Gipfel und bei der Bilderberg-Konferenz ist der Schutz der Staatsgäste, hochrangiger Persönlichkeiten und der Bevölkerung"*, erklärte die Innenministerin. Eine Durchführungsvereinbarung ermöglichte, dass deutsche Kräfte in Österreich und österreichische Kräfte in Deutschland unterstützend Dienst versehen können, unter der polizeilichen Führung und Verantwortung des jeweiligen Landes und nach dessen Gesetzen.

Das Bundesheer übte vom 10. bis 14. Nov. 2014 den Schutz gefährdeter Infrastruktur. Unter dem Titel "Netzwerk 2014" arbeiteten dabei 800 Soldaten mit Polizei und zivilen Organisationen zusammen. *An der Übung waren laut einer* Aussendung des Verteidigungsministeriums auch 600 Milizsoldaten beteiligt. „Geschützt" wurden ein Erdöl-Tanklager, Kraftwerke, Häfen und das Siemensgebäude.



Mitten im „Kalten Krieg", umgeben von „feindlichen Regimen" gab es ernsthafte Initiativen zur Abschaffung des Bundesheeres. Auch Bruno Kreisky war stets der Meinung, dass Österreich durch eine aktive Außenpolitik besser geschützt werden könne als durch das Bundesheer und *gewann* 1970 mit dem Kampfslogan "sechs Monate sind genug" die Wahl; 1975 wurde der Zivildienst eingeführt. Weder die innere noch die äußere Sicherheit hat dadurch gelitten.

Heute, „umzingelt von Freunden" im größten Friedensprojekt der Welt, der Europäischen Union, die dafür mit dem Friedensnobelpreis

bedacht worden ist, wird wegen unbewaffneter Kriegsflüchtlinge, die Verlängerung des Präsenzdienstes, die Einberufung von Milizsoldaten und eine massive Aufrüstung und Aufstockung des Bundesheeres, der Geheimdienste und der Polizei verlangt.

Durch das Schüren des Unsicherheitsgefühls und des Gefühls sich zusammenschließen zu müssen, um sich gemeinsam gegen vermeintliche Sozialschmarotzer, Einbrecher, Fremdes und Bedrohliches wehren zu müssen, entstehen auch bei uns immer mehr Bürgerwehren. Sehr oft werden diese von Rechten initiiert oder mitgetragen.

Was kann jeder einzelne dagegen tun?!

Sich nicht verhetzen lassen, weder von kleinformatigen Zeitungen mit großen Schlagzeilen oder großformatigen mit kleineren Schlagzeilen, noch von polemischen Politikern und „objektiv“ bemäntelten Fernsehberichten und Kommentaren. Immer wenn von der Bedrohung unserer Werte, unseres Sozialsystems, vom Schulterschluss mit gleich gesinnten Kulturguts- und Volkstumsschützern gesprochen wird und soziale, ethnische oder sonstige „Andere“ von der Wirtschaft an den Rand gedrängte Menschen zur Zielscheibe gemacht werden, wird gehetzt. Gehen wir in solchen Fällen direkt auf diese Menschen zu und fragen sie, was sie wollen, wünschen, träumen, dann entspricht das zu weit über 90 % auch unseren Vorstellungen.

Diese Menschen wollen in Würde einer sinnvollen Arbeit nachgehen und damit ihren Lebensunterhalt verdienen. Sie wollen Freunde und Anerkennung und dafür sorgen, dass ihre Kinder einen guten Weg beschreiten und, wenn alles gut läuft, auch noch im Alter mit ihren Enkeln spielen. Für die wenigen Prozente an religiösen, nationalen oder rassistischen Fanatikern und Kriminellen herrscht auch in diesen Gemeinschaften kein Verständnis. Für diese Ausnahmen braucht es auch keinen Ausnahmezustand mit Polizei- und Militäraufstockung und keinen totalen Überwachungsstaat – für diese Außenseiter sind unsere jetzigen Gesetze vollständig ausreichend.
Bei dem sich abzeichnenden Polizei- und Militärstaat geht es letztlich um den Krieg der Reichen gegen die Armen wie der Multimilliardär Warren Buffet 2006 sagte – und der wird weltweit, auch bei uns von den Reichen mit Waffengewalt geführt.

Zwischen aktiven, passivem Widerstand gegen Machtsysteme und dem aktiven Mitmachen mit den Tätern, gibt es viele Abstufungen. Eines muss aber außer Frage gestellt sein, nämlich die persönliche Entscheidung, wie man mit seinen Mitmenschen umgeht. Hetzer, Blockwarte, Spitzel und Denunzianten stehen eindeutig auf der unmenschlichen Verbrecherseite.

Quellen: Die ausführliche Liste der Herkunft der Informationen zu diesem Beitrag steht auf unserer Homepage www.atomgegner.at unter Aussendung März 2016)

Alle Fakten und Daten für diesen Artikel entstammen folgenden Publikationen:

http://www.democracynow.org/2015/11/20/exclusive_air_force_whistleblowers_risk_prosecution
https://www.youtube.com/watch?v=kWjX1GKFNMU
http://www.wsws.org/de/articles/2014/07/03/poli-j03.html
http://www.deutschlandfunk.de/zukunftsvision-militarisierung-fuer-den-wohlstand.1170.de.html?dram:article_id=285100
http://www.wsws.org/en/articles/2015/01/21/pers-j21.html
http://www.wsws.org/en/articles/2016/03/05/pove-m05.html
http://www.wsws.org/de/articles/2014/12/11/oecd-d11.html
http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/studie-topmanager-verdienen-53-mal-so-viel-wie-arbeitnehmer-12647691.html
http://www.asanet.org/journals/ASR/Oct12ASRFeature.pdf
http://www.zeit.de/2015/50/fluechtlinge-starker-staat
http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/buergerwehren-in-deutschland-gefahr-oder-sicherheit-13184946.html
https://www.onetz.de/deutschland-und-die-welt-r/politik-de-welt/nach-den-uebergriffen-von-koeln-buergerwehren-auf-dem-vormarsch-d1185248.html
https://www.wsws.org/de/articles/2016/01/09/pent-j09.html
http://politik-im-spiegel.de/groeinsatz-der-berliner-polizei-eine-brgerkriegsbung-zur-unterdrckung-sozialer-unruhen/
http://fm4.orf.at/stories/1712358/
http://www.wsws.org/de/articles/2016/01/16/riga-j16.html
http://derstandard.at/2000001523904/Enthuellungsjournalist-Greenwald-Oesterreich-ist-staendiger-und-diskreter-Partner-der-NSA
https://netzpolitik.org/2015/anti-terror-zentrum-europols-neuen-kompetenzen-fehlt-bislang-die-rechtliche-grundlage/
http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=901&Itemid=77
http://database.statewatch.org/article.asp?aid=34440

http://www.heise.de/newsticker/meldung/Europol-darf-das-Internet-ausgiebiger-ueberwachen-3028911.html
http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1403&Itemid=77
http://fm4.orf.at/stories/1766547/
http://www.profil.at/home/sigmund-freud-universitaet-gelder-drohnenprogramm-369016
http://politik-im-spiegel.de/vollautomatische-menschenjagd-mit-sterreichischer-beteiligung/
http://www.aeroceptor.eu/docs/About_the_project.pdf
http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2009-09/indect-ueberwachung
https://oeaabfcggoed.wordpress.com/tag/nachrichtendienste/
http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4640535/Terrorabwehr_Bundesheer-pocht-auf-Zusammenarbeit-mit-der-Polizei
http://derstandard.at/2000010460899/Teure-Plaene-fuer-eine-fliegende-Polizei
http://derstandard.at/2000008800668/Asyl-Heeresbedienstete-verstaerken-Bundesamt
http://kurier.at/chronik/oesterreich/g7-gipfel-polizei-nimmt-sich-nato-als-vorbild/133.712.225
http://kurier.at/chronik/oesterreich/bundesheer-fliegt-cobra-zum-einsatz/113.030.504
http://www.vienna.at/bundesheer-fuehrt-in-wien-schutzuebungen-durch/4140685
http://www.kleinezeitung.at/s/politik/innenpolitik/4809664/Bundesheer_AsylEinsatz_Gewerkschaft-fuchsteufelswild-
http://derstandard.at/2000006968753/Wie-Bundesheer-und-NSA-kooperieren
http://info.kopp-verlag.de/torben-grombery/athen-griechische-armee-spricht-ueber-moeglichen-militaerputsch.html

Mindestsicherung und Verteilungsproblematik

Vorbemerkungen:
Die Mindestsicherung beträgt derzeit plus/minus 850 Euro, 12-mal im Jahr und wird von 0,7 % der arbeitsfähigen Bevölkerung bezogen.

850 Euro beziehen aber nur die wenigsten und die nur sechs bis acht Monate. Im Schnitt werden pro Person 300 Euro ausbezahlt, weil der größte Teil „nur“ eine Aufstockung auf Lohn, Arbeitslose oder Notstand erhält, der so niedrig ist, dass er damit nicht überleben könnte ohne obdachlos zu sein oder betteln gehen zu müssen. Mindest-sicherungsbezieher dürfen nicht mehr als 4.000 Euro „Eigenkapital“ besitzen, also weder Wohnung, noch Haus, bzw. ein Sparbuch, das mehr wert ist usw. Daher trauen im ländlichen Bereich sich viele nicht, sich um Mindestsicherung zu bewerben, um das Eigenheim nicht zu verlieren.
Für Mindestsicherungsbezieher besteht die Verpflichtung zur Annahme eines Jobs. Die Frage ist, zu welchem Job, wenn es 500.000 Arbeitslose in Österreich gibt und aus dem Osten jede Menge Menschen zu uns hereindrängen, die die Billigstlöhne der Kapitalisten akzeptieren, wodurch ein Lohndumping sondergleichen entsteht. Dass die Unternehmer den Arbeiterstrom aus dem Osten nicht beschränken wollen, wie deren Vertreter z.B. Industriellenchef Kapsch und Wirtschaftskammerpräsident Leitl kürzlich deutlich machten, ist von deren Seite verständlich, wird doch dadurch die Profitspanne noch höher. Während die Unternehmen dem Staat ca. 1,7 Milliarden Steuern schulden, bezahlen die Menschen ihre Mindestsicherung selber, weil 80% der arbeitenden Menschen durch Lohn- und Mehrwertsteuer einen sehr hohen Betrag zum Steueraufkommen beitragen, aber nur sehr wenig z.B. in Form der Mindestsicherung zurück bekommen, während etwa die Landwirtschaft 1,9 Milliarden bekommt, für die Bankenrettung 7 Milliarden aufgewendet wurden und für die Hypo-Schuldentilgung zwölf bis 14 Milliarden Euro notwendig sein werden.

Mindestsicherung –
Teil einer mörderischen und räuberischen Struktur

Bei unseren Recherchen zum Thema Mindestsicherung stellte sich heraus, dass dieses Thema nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern sinnvoll im Zusammenhang mit allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen gesehen werden sollte. Es hat wenig Sinn, darauf einzugehen, dass es eine große Sauerei

wäre, von 850 Euro Mindestsicherung, die ohnehin nur ein kleiner Teil voll bekommt, und „die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sind“, noch etwas weg zu kürzen, wenn daneben die große Masse der Bevölkerung verarmt. Den Beziehern der Mindestsicherung wird oft vorgeworfen, dass sie keine Arbeit annehmen von deren Lohn sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten könnten. Die Mindestsicherung wird oft als „soziale Hängematte“ bezeichnet, in der die „Faulen“ es sich auf Kosten der Allgemeinheit gut gehen lassen. Und: „Ich habe ein ganzes Leben gearbeitet und bekomme auch nur 900 Euro im Monat, der da tut nichts und bekommt genau so viel“.
Die Ärmsten werden gegen die Armen aufgehetzt. Die bürgerlichen und die rechten Parteien fordern Kürzungen im Bereich der Mindestsicherung, „weil man die Starken, die alles bezahlen, nicht länger so hoch belasten dürfte“, anstatt zum Beispiel über eine zumindest befristete Sonderabgabe auf hohe Einkommen zu diskutieren. In einer Gesellschaft die ganz dem Geld untergeordnet wird, geht die Schere zwischen Arm und Reich zwangsweise immer weiter auf. Die Tendenz in Richtung einer strukturell bedingten längerfristigen Armut weiter Teile der Bevölkerung wie zur Zeit der Frühindustrialisierung, ist deutlich erkennbar. Zunehmend steigt die Zahl der Menschen, die mit dem Geld, das ihnen die Reichen als Almosen nach Gutdünken überlassen, nicht mehr den Lebensunterhalt bestreiten können.

Würde die Wertschöpfung der arbeitenden Menschen gerecht bezahlt werden, dann bräuchte es keine Almosen der reichen Gesellschaft in Form der Mindestsicherung. Zu Recht sind jene empört, die ein Leben lang gearbeitet haben und auch nicht mehr Pension bekommen, als jene, die Mindestsicherung beziehen. Bewusst wird diese Empörung von den Herrschenden gegen die Armen geschürt, denn sonst müssten sie befürchten, dass die Wut der Bevölkerung sich gegen sie richtet, die sich keine Sorgen zu machen brauchen und mehr als genug haben. Und warum gibt es so niedrige Pensionen? Weil die Löhne immer weiter nach unten gedrückt werden und die Menschen gezwungen sind, auch minderbezahlte Arbeiten anzunehmen, um eben wenigstens am unteren Rand existieren zu können. Altersarmut ist damit vorprogrammiert. Schon jetzt gehen 50% der Bevölkerung aus der Arbeitslosigkeit in die Pension.

Aber in ihrer Gier ist das den reichen Kapitalisten immer noch zu wenig. Sie wollen alles! Das Wort Sklaverei kommt einem dabei in den Sinn: Um zu überleben, musst du zu jeder Bedingung der Reichen, der Kapitalisten, arbeiten, damit diese noch mehr Profit abschöpfen und Vermögen anhäufen können. Das ist ein “oligarchischer Kapitalismus“, der eine extrem scharfe Ungleichheit produziert, sagt der deutsche Soziologe Sighard Neckel. Das verhilft Einzelnen zu großer wirtschaftlicher Macht. Sie befinden sich am oberen Ende der gesellschaftlichen Pyramide über dem Recht, handlungsfrei, können tun und lassen, was sie wollen.
Jüngstes Beispiel: Internationale Konzerne lassen sich von Regierungen einen rechtsfreien Raum schaffen – TTIP – in dem sie tun können was sie wollen und die Gesellschaft Strafe zahlen lassen können, wenn diese tut, was den Konzernen nicht in ihr Profitstreben passt. Am unteren Ende befinden sich die, die den Reichen „zur Hand“ gehen müssen, um halbwegs überleben zu können, praktisch rechtlos. Neckel bezeichnet das als „Refeudalisierung“. Damit wäre der „Rechtsvertrag“ der Gesellschaft gebrochen und wir haben eine Gesellschaftsordnung jenseits von Verträgen, Sicherheiten und Rechten. Von einer Verpflichtung der Gesellschaft, für die Schwachen zu sorgen, ist da längst keine Rede mehr. Nichts hört man aus dem Mund der Kapitalisten davon, dass das österreichische Gesetz die Fürsorgepflicht der Unternehmer gegenüber ihren Angestellten festlegt! Wie viel aber eine Gesellschaft wert ist, zeigt sich daran, wie sie mit den Armen in ihrer Mitte umgeht, wie sie für die sorgt, die zu wenig zum Leben haben – nicht einmal ein Almosen von dem, was die Räuber im Nadelstreif ihnen vorher gestohlen haben, wollen sie den Menschen zurück geben. Vonseiten der Reichen werden schon soziale Unruhen befürchtet, wenn die Menschen sich diese Unterdrückung nicht mehr gefallen lassen, weil sie nicht länger ohnmächtig der Ausbeutung ausgeliefert sein wollen!
Dringender Handlungsbedarf ist gegeben! Stärkung der Solidarität ist notwendiger denn je! Die Rechte der Menschen müssen zurück gewonnen werden, nachdem sie vor 150 Jahren erkämpft wurden, unter dem Druck des Kapitals aber immer mehr verloren.

UNSERE CHANCE
SOLIDARITÄT

DAS LETZTE

Neu- und Altreiche zeigen einander ihre Schätze.

Wenn man genug Geld angehäuft hat und nicht mehr weiß, wie man es dem Zugriff der Steuerbehörden entziehen kann, werden viele dieser „Tüchtigen“ zu Sammlern und gründen Stiftungen und Museen. Da aber diese Einrichtungen auch vom „Pöbel“ besucht werden, ist es seit einiger Zeit Brauch, seine Schätze in Zollfreilagern bei den Flughäfen nur anderen Reichen zu zeigen. Unzählige Kunstschätze lagern in Zollfreilagern in Singapur, Genf und Lancy (allein in der Schweiz auf 140.000 Quadratmetern) unter optimalen Temperatur- und Luftfeuchtigkeitsbedingungen und hoch beschützt auch vor Zoll und Steuer. Da China nach den USA der zweitgrößte Auktionsmarkt ist, wird auch in Peking ein solcher Freihafen eingerichtet. Auch in Luxemburg und auf der Pariser Seine-Insel sind solche Lager geplant. In eigenen Schauräumen können dann die Superreichen einander ihre Schätze zeigen, vielleicht ein wenig tauschen und es kann ja auch Schwarzgeld in 1.000 Franken Noten als Kunstwerk gelagert werden. Man kann so als Jet-Setter vielleicht sogar im eigenen Jet andüsen und bequem direkt beim Flughafen seine Kunst- und Kulturgüter mit anderen Kennern genießen – man hat ja sonst eh nix vom Leben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

Mit kollegialen Grüßen, "GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b**. Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; **„Sponsoringpost“ GZ02Z030950 S –** ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 Prozent der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, H. Tschida.

Spendenkonto bei der PSK: Konto-Nr: 73.055.305 – Bankleitzahl: 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter **EmpfängerIn: PSK, W. Leisch,** und unter **Verwendungszweck: Gew. gg. Atom**.
Oder: Empfänger: W. Leisch / Gew.gg.Atom **IBAN: AT22 6000 0000 7305 5305**